

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 888846 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Robert Antretter MdB zur
Notwendigkeit, Mensch und
Umwelt wirksam zu schüt-
zen: Höchste Zeit für das
Tempolimit.

Seite 1

Klaus Lennartz MdB zur
Großen Anfrage der SPD-
Bundestagsfraktion „Schutz
des Lebensmittels Trinkwas-
ser“: Freibrief für schlei-
chende Brunnenvergiftung.

Seite 3

Rudolf Scharping MdL zur
Notwendigkeit, einzelne Vor-
schriften über die Rechtsstel-
lung ausländischer Truppen
zu überprüfen: NATO-Trup-
penstatut auf dem Prüfstand.

Seite 4

Dokumentation

Der Vorstand der südhes-
sischen SPD hat einstimmig
beschlossen, den Dialog mit
der DDR fortzusetzen. Wort-
laut des Beschlusses

Seite 6

44. Jahrgang / 187

28. September 1989

Höchste Zeit für das Tempolimit

Zur Notwendigkeit, Mensch und Umwelt wirksam zu schützen

Von Robert Antretter MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-
Bundestagsfraktion

Die Diskussion ums Tempolimit spitzt sich wieder zu. Im letzten Jahr sind bei uns 42.706 Kinder im Straßenverkehr verunglückt. Immer mehr Unfälle, immer mehr verletzte und getötete Radfahrer und Fußgänger - der traurige Spitzenplatz der Bundesrepublik Deutschland in dieser Bilanz scheint jetzt doch so manchen ins Gräbeln zu bringen.

Als Unfallhauptsache haben neuere Untersuchungen im Regierungspräsidium Stuttgart zu hohe Geschwindigkeiten bestätigt, „nicht angepaßtes Fahrverhalten“, wie das Rasen hierzulande genannt wird. Selbst die Autolobby des ADAC („Freie Fahrt für freie Bürger“) ist aufgeschreckt und läßt über Tempo 30 in Wohngebieten mit sich reden. Wo die Luft in den Großstädten immer dicker wird, die Zweit- und Drittwagen gar vornehme Villengegenden unsicher machen - da endlich wird der Deutsche Städtetag massiv. Gegenüber Bundesverkehrsminister Zimmermann fordert er jetzt mit Nachdruck, daß innerorts generell Tempo 30 zu gelten hat. Der Städtetag will Tempo 50 im Stadtgebiet nur noch auf den mit der Raute gekennzeichneten Vorfahrtsstraßen, also auf den für den überörtlichen Durchgangs- und Wirtschaftsverkehr unabdingbaren Hauptstraßen, zulassen.

Solche Fortschritte in der Erkenntnis von Notwendigkeiten im Interesse von Umwelt- und Verkehrssicherheit würden natürlich von uns Sozialdemokraten begrüßt, auch wenn sie sehr spät kommen. Schließlich treten wir seit Jahren für ein Gesamtkonzept maßgeschneiderter Geschwindigkeitsbegrenzungen ein. Für alle Personenkraftwagen (ob mit oder ohne Katalysator) wollen wir Tempo 120 auf Autobahnen, Tempo 80 auf Bundes- und Landstraßen - für Lastkraftwagen entsprechend Tempo 80 und 60 - und Tempo 30 in Wohngebieten. Unsere Überzeugungskraft, die Macht von Argumenten und Tatsachen, hat leider nicht ausgereicht, um gegen die wahrheitswidrigen Prognosen der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauf-Unterstützung
mit recyceltem Rohmaterial
Kreuzschiff-Papier



Autoindustrie und gegen eine bloß taktisch lavierende Bundesregierung den Durchbruch zu erzielen. Indessen ist - nach allen Erfahrungen, die wir inzwischen haben - die schäbige Verzögerungspolitik der Regierung Kohl nur noch zynisch und wahrhaft verantwortungslos.

Wollen wir den Frieden mit der Natur, dann müssen wir ernst machen mit Energie- und Kraftstoffsparen, wie der Landschaftserhaltung, nicht zuletzt: Mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen und Geschwindigkeitsbegrenzungen auf breiter Front. In der Verkehrspolitik gilt es Abschied zu nehmen von der Vorstellung autogerechter Städte. Angesichts der erreichten Standards gefährdet die Fortschreibung von Straßenbauplänen im Fünf-Jahres-Rhythmus die natürlichen Lebensgrundlagen. Die allgemeine Wende der Verkehrspolitik verlangt nicht nur die Konzentration der Mittel auf die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radfahrens. Sie verlangt insbesondere auch Konsequenzen aus den Ergebnissen der Unfallforschung und der praktischen Versuche mit Tempolimits.

Schon 1982 hatte die noch von Volker Hauff eingesetzte „Kommission für Verkehrssicherheit“ appelliert: „So darf es nicht weitergehen. An die Stelle von Gleichgültigkeit muß Betroffenheit treten.“ Vom damals proklamierten Leitbild des „verantwortungsbewußten Miteinanders im Straßenverkehr“ hat die Wendepolitik Kohls nichts umgesetzt. Aus dem damaligen Maßnahmenkatalog ist lediglich die Gurtanlegepflicht verwirklicht worden, Zunehmend wurde Solidarität zur gesellschaftspolitischen Worthülse. In der Ellenbogengesellschaft der Gegenwart hat freie Fahrt der Profit. Aggressives Verhalten wird geradezu belohnt. Auf der Strecke bleiben da Vorsicht und Rücksichtnahme, gesellschaftliche Moral und der Schutz von Menschenleben und Natur.

Dabei ist unser strafbewährtes Tempolimit-Konzept 120/80/30 ebenso einfach wie wirkungsvoll. Auch das italienische Beispiel des letzten und dieses Jahres hat gezeigt, daß Tempolimits bei stärkerer Überwachung und Bestrafung (Verdoppelung der bisher geltenden Verwarnungs- und Bußgelder) gut kontrolliert werden können. Nachteile von unserer Konzeption hat lediglich eine kleine Minderheit zu erwarten, die außergewöhnlich viel und sogleich mit überaus schnellen Autos fahren will: Dagegen liegen die Vorteile für die Mehrheit nach Untersuchungen des Bundesumweltamtes und vieler Verkehrsforschungsinstitute auf der Hand.

Die allgemeine Limitierung 120/80/30 bringt:

- generell einen gleichmäßigen und ruhigen Verkehrsfluß;
- eine Reduktion tödlicher Unfälle um mindestens 1/3. Das sind über 2.000 Verkehrstote pro Jahr weniger;
- eine Reduktion des Kraftstoffverbrauchs der PKW um etwa 1/4;
- eine Minderung der Lärmbelastigungen, die in den Städten fast einer Halbierung des Verkehrsvolumens entsprechen;
- erhebliche Verringerungen der Immission von Luftschadstoffen, insbesondere beim Hauptverursacher des Waldsterbens, bei Stickoxiden (mindestens 20 Prozent): Eine Sofortwirkung, die sogar den nur langsam in die Fahrzeugflotte vordringenden Katalysator möglicherweise bis weit in die 90er Jahre noch übertrifft.

Dies sind Erfahrungswerte langjähriger Forschung. Zudem hat eine Simulationsrechnung mit den Daten des heutigen Verkehrs gezeigt: Bei durchgehender Verwendung des Geschwindigkeitsschalters und flächenhafter Ausweisung von Tempo 30 innerorts, gehen der Kraftstoffverbrauch um 38 Prozent, die Schadstoffimmission um 53 Prozent, die Geräuschimmission um 52 Prozent und die Zahl der innerorts durch Verkehrsunfall Schwerverletzten um 94 Prozent zurück - tödlich Verletzte würde es keine mehr geben. Die für höhere Geschwindigkeiten dimensionierten Fahrflächen können reduziert und somit die Freiflächen bis zu 37 Prozent erhöht werden.

Daß auf diese Weise die Wohnumgebung in den Städten wieder wesentlich attraktiver werden könnte und Kinder, Familien und alte Menschen einen Teil ihrer Freizügigkeit zurückgewinnen, die ihnen der Autoverkehr genommen hat - auch dies wäre ein Ergebnis des Tempolimits, das sich lohnen würde.

(-/28.9.1989/rs/ks)

Freibrief für schleichende Brunnenvergiftung

Zur Großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Schutz des Lebensmittels Trinkwasser“

Von Klaus Lennartz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

In der Bundesrepublik ist nach wie vor unklar, wer für sauberes und gesundheitsverträgliches Wasser zuständig ist. Die Trinkwasserpoltik der Bundesregierung wird unkoordiniert zwischen Umwelt-, Gesundheits- und Landwirtschaftsministerium zerrieben. Die Bundesregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung zu übernehmen, damit wir nicht in Zukunft allesamt von einer chemischen Keule erschlagen werden.

In mehr als 1.200 der 6.300 Wasserbrunnen der Bundesrepublik müssen ab dem 1. Oktober die Pumpen abgeschaltet werden, sollen sie denn die neuen europäischen Grenzwerte einhalten. Die Bundesregierung möchte unser Gesundheitsproblem Wasser als organisatorische Aufgabe der Wasserwerke abtun und bietet dienstbeflissen an, mit mannigfaltigen Ausnahmebefreiungen - auf zehn Jahre bis zum zwanzigfachen des Grenzwertes - behilflich zu sein. Sie gibt damit einen Freibrief zur Fortsetzung der schleichenden Brunnenvergiftung.

Für die SPD sind befristete Überschreitungen der Grenzwerte nur akzeptabel, wenn diese im Einzelfall streng toxikologisch begründet und mit einem erfolversprechenden Sanierungsplan gekoppelt sind.

Weder Landwirtschaftsminister Kiechle noch Rest-Minister Töpfer wagen sich

- an die 30.000 Tonnen Pestizide, die jährlich mit steigender Tendenz auf deutsche Felder gespritzt werden,
- an die 1.800 Pflanzenbehandlungsmittel mit 300 verschiedenen Wirkstoffen, die todsicher irgendwann in irgendeiner Zusammensetzung ins Grundwasser gelangen,
- an den hochdosierten Pestizideinsatz der Bundesbahn auf deren Gleisanlagen,
- an einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft mit weniger Dünger und Giften heran.

Obwohl bereits 1980 beschlossen, trifft das neue EG-Recht die Bundesregierung weitgehend unvorbereitet.

Wir Sozialdemokraten nennen eine einfache Grundlage für alle Gesetze, Verordnungen, Verbote und Anreize: Es dürfen keine Stoffe ins Wasser gelangen, die in bestimmten Konzentrationen gefährlich für Mensch, Tier und Pflanzen sind.

Fazit:

Das deutsche Reinheitsgebot gilt längst nicht mehr für das Wasser, mit dem deutsches Bier gebraut wird!
(-/28.9.1989/rs/ks)

* * *

NATO-Truppenstatut auf dem Prüfstand

Zur Notwendigkeit, einzelne Vorschriften über die Rechtsstellung ausländischer Truppen zu überprüfen

Von Rudolf Scharping MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Auch die NATO feiert in diesem Jahr ihr 40jähriges Bestehen. Das Bündnis hat in dieser Zeit Frieden und Freiheit gewahrt und sich darüber hinaus als eine Wertegemeinschaft gleichberechtigter Partner verstanden. Auch Rheinland-Pfalz bekennt sich unverändert zu diesen Zielen und ist daher nach wie vor bereit, einen angemessenen Anteil an militärischen Belastungen zu tragen, die damit zwangsläufig verbunden sind. Gerade aber wegen dieser Bereitschaft haben die Bürger in Rheinland-Pfalz einen Anspruch darauf, daß die mit der Stationierung im Zusammenhang stehenden militärischen Belastungen auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit überprüft und - gerade angesichts weltweiter Fortschritte in der Entspannungspolitik - auf ein notwendiges Maß zurückgeführt werden. Dadurch wird die Akzeptanz des Bündnisses in der Bevölkerung und damit seine Funktionstüchtigkeit wesentlich gestärkt.

Die rheinland-pfälzische SPD hat daher die Landesregierung aufgefordert, aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen mit der Stationierung ausländischer Truppen in Rheinland-Pfalz zu prüfen, in welchen Bereichen die Rechtsgrundlagen über die Rechtsstellung der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen sowie deren praktische Anwendung Änderungen als wünschenswert erscheinen lassen und dem Landtag über das Ergebnis dieser Prüfung bis 30. November 1989 zu berichten. In diese Prüfung wollen wir einbezogen wissen:

1. Planung und Durchführung von Manövern einschließlich etwaiger rechtlicher Privilegien ausländischer Truppen im Vergleich zur Bundeswehr.
2. Nutzung des Luftraums und von Flugplätzen.
3. Überlassungsvereinbarungen für Liegenschaften sowie Geltung und Überwachung deutschen Rechts (insbesondere Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Baurecht und Umweltschutzrecht) innerhalb der Liegenschaften.

4. Rechtsstellung der deutschen Arbeitnehmer bei den alliierten Streitkräften.
5. Sicherheitsstandards bei Kraftfahrzeugen und deren Überwachung.
6. Ausübung der Straferichtbarkeit.
7. Möglichkeiten des Einsatzes deutscher Katastrophenschutz- und Rettungsdienste innerhalb der Liegenschaften.
8. Einhaltung deutscher Rechtsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung des Baurechts und des Umweltschutzes außerhalb der Liegenschaften.
9. Zusammenarbeit beim Transport und der Sicherung von atomaren und chemischen Waffen.
10. Information der Öffentlichkeit und insbesondere der betroffenen deutschen Gebietskörperschaften über geplante Bauvorhaben der Streitkräfte.
11. Notwendigkeit der Beschaffung weiteren Geländes und von Enteignungsmaßnahmen.

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, der Bundesregierung auftretende Probleme im geltenden Recht und seiner praktischen Anwendung zu unterbreiten und bei der Bundesregierung eine Überprüfung der einschlägigen Vorschriften, insbesondere des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, mit den Vertragsparteien anzuregen und über das Ergebnis dem Landtag bis 31. Dezember 1989 zu berichten.

Die Landesregierung soll weiter prüfen, in welchen Bereichen und durch welche Maßnahmen die Einflußmöglichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz - sei es unmittelbar gegenüber den Stationierungsstreitkräften oder mittelbar über die zuständigen Bundesbehörden - bei eigener wesentlicher Betroffenheit verstärkt werden können.

{-/28.9.1989/rs/ks}

DOKUMENTATION

SPD Hessen-Süd: Den Dialog mit der DDR fortsetzen

Der Vorstand der südhessischen SPD, seit Jahren besonders engagiert in der Deutschlandpolitik, hat in seiner Sitzung am 22. September einstimmig nachstehenden Antrag für den außerordentlichen Bezirksparteitag am 7. Oktober in Maintal beschlossen.

„Die von der SPD mit Willy Brandt gegen massiven Widerstand der Konservativen durchgesetzte Friedens- und Entspannungspolitik, für deren Ziele der Bezirk Hessen-Süd bereits in den Jahren des Kalten Krieges eingetreten ist, hat in Osteuropa auch zum Anwachsen der politischen Reformkräfte beigetragen. Sie hat die Staaten des Warschauer Paktes von äußerem Druck befreit und damit eine wichtige Voraussetzung für die innere demokratische Entwicklung dieser Gesellschaften und politischen Pluralismus geschaffen. Wir begrüßen diese Entwicklung. Sie zu fördern, bleibt eine wichtige Aufgabe unserer Deutschland- und Ostpolitik.

Unsere Unterstützung haben alle Bestrebungen, die darauf abzielen, den Menschen in der DDR wie in anderen Staaten demokratische Beteiligungschancen und Selbstbestimmung zu gewährleisten. Die demokratische Opposition in der DDR fordert die SED zum Dialog darüber auf. Die bisherige Weigerung der SED ist ein Zeichen politischer Schwäche. Wir können und wollen den Bürgerinnen und Bürgern der DDR nicht vorschreiben, in welchen politischen Formen und mit welchen gesellschaftlichen Zielen sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben. Wir fühlen uns aber aufgrund unserer politischen Vorstellungen den Gruppierungen in der DDR besonders verbunden, die sich an den Zielen des Demokratischen Sozialismus orientieren.

SED und Staatsführung werden nicht daran vorbeikommen, die anhaltende Ausreisewelle als dramatisches Warnsignal und Anstoß zu überfälligen Reformen zu erkennen. Sie müssen sich jedenfalls der von SPD und SED im Papier ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ vom August 1987 bejahten ‚offenen Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile‘ stellen. Wir unterstreichen insbesondere die zwischen SPD und SED vereinbarte Formulierung: ‚Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite zurückgewiesen werden.‘

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Bezirks Hessen-Süd treten gerade in der jetzigen Konfliktsituation dafür ein, den Dialog mit der SED und den offiziellen staatlichen Stellen wie mit inoffiziellen Gruppen, demokratischen gesellschaftlichen Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürgern in der DDR fortzusetzen und intensivieren. Die SPD Hessen-Süd hält auch an ihrer Absicht fest, auf der Grundlage kontinuierlicher Gespräche mit einem DDR-Bezirk gemeinsame Initiativen zur Friedenssicherung, zum grenzüberschreitenden Umweltschutz, zur verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur Hilfe für die Menschen beiderseits der hessisch-thüringischen Grenze, zum kulturellen Austausch und zum Gespräch zwischen den Menschen beider Staaten zu entwickeln und umzusetzen. Zur Fortsetzung des Dialogs zwischen den Menschen und den Institutionen beider deutscher Staaten gibt es keine verantwortbare politische Alternative.“

(-/28.9.1989/rs/ks)